

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJ Berlin (dort beschlossen am: 19.09.2025)

Titel: **Gegen Kürzungen und autoritäre Sicherheit -
Für eine solidarische Stadt**

Antragstext

1 Der Senat kürzt - mal wieder. Bereits jetzt sind Einsparungen von rund drei
2 Milliarden Euro im Haushalt beschlossen worden. Sie treffen genau jene Bereiche,
3 die unsere Stadt zusammenhalten: Projekte für Kinder und Jugendliche,
4 Unterstützung für Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, Alleinerziehende und
5 Menschen in Armut. Die soziale Infrastruktur wird von der CDU bewusst geopfert.

6 Besonders hart ist die Lage für wohnungslose Menschen und für Angebote der
7 Drogenhilfe. Im neuen Haushaltsentwurf sind keine Mittel mehr für die sozialen
8 und gesundheitspolitischen Maßnahmen des bisherigen Sicherheitspakets
9 vorgesehen. Damit fallen rund 30 Millionen Euro weg, die zuvor für aufsuchende
10 Arbeit, Prävention und Gesundheitsversorgung genutzt wurden. Das Peer-Projekt
11 der Drogenhilfe Fixpunkt, bei dem Menschen aus der Drogenszene gemeinsam mit
12 Sozialarbeiter*innen Spritzen einsammeln und Konsummaterialien entsorgen, steht
13 genauso vor dem Aus wie weitere erfolgreiche niedrigschwellige Angebote.
14 Parallel dazu soll der „Topf Saubere Stadt“ um die Hälfte gekürzt werden -
15 Kiezhausmeister in Friedrichshain-Kreuzberg und Parkläufer in vielen Stadtteilen
16 verlieren ihre Jobs, teilweise sind bereits Kündigungen ausgesprochen.

17 Schon länger ist klar, dass auch an den Hochschulen gekürzt werden soll.
18 Studierende und Beschäftigte protestieren gegen einen Kahlschlag, der Lehre,
19 Forschung und Studienbedingungen massiv verschlechtert. Präventive Arbeit gegen
20 Gewalt, Sozialarbeit und Infrastruktur werden abgebaut - während derselbe Senat
21 Millionen in einen Zaun um den Görlitzer Park und in Videoüberwachung steckt.
22 Hier zeigt sich ein falsches Verständnis von "Sicherheit": Repression statt
23 Fürsorge, Überwachung statt sozialer Infrastruktur.

24 Diese Kürzungspolitik ist keine neutrale Haushaltsnotwendigkeit, sondern eine
25 falsche, sozial ungerechte Prioritätensetzung. Der Staat entscheidet, wessen
26 Leben abgesichert wird und wessen nicht. Die Politik des schwarz-roten Senates
27 zerstört unsere kollektive Infrastruktur allen voran Kultur, Bildung,
28 Sozialarbeit und Gesundheit – und verschiebt die Kosten auf diejenigen, die
29 ohnehin am wenigsten haben. Während soziale Einrichtungen dichtmachen müssen,
30 bleiben Eigentums- und Profitsicherungen unangetastet.

31 Es ist kein Zufall, dass immer wieder dieselben Bereiche getroffen werden: Dort,
32 wo Menschen Freiräume haben, wo Solidarität organisiert wird, wo
33 gesellschaftliche Teilhabe möglich ist, setzt der Senat bewusst den Rotstift an.
34 Diese Infrastruktur macht Menschen unabhängiger von der kapitalistischen
35 Verwertungslogik – und genau deshalb wird sie ins Visier genommen. Solidarische
36 Strukturen werden zerstört, um Kapitalinteressen zu schützen.

37 Der Sicherheitsbegriff der CDU wird dabei klar sichtbar: mehr Überwachung, mehr
38 Polizei, Kameras, Zäune sollen soziale Probleme befrieden, die eigentlich aus
39 Armut, Prekarisierung und Marginalisierung entstehen. Wer arm ist, wer auf der
40 Straße lebt, wer Drogen konsumiert, wird nicht als Mensch mit Rechten
41 wahrgenommen, sondern als Sicherheitsrisiko. Diese Logik setzt sich auch in der
42 geplanten Polizeinovelle fort und ist Teil eines autoritären Projekts, das
43 gesellschaftliche Spaltung vertieft.

44 Austerität ist dabei kein Berliner Sonderweg, sondern Teil einer internationalen
45 neoliberalen Strategie. Ob in Griechenland nach der Finanzkrise, in Spanien oder
46 Italien - überall wurden öffentliche Ausgaben gekürzt, soziale Rechte
47 beschnitten und stattdessen Polizei und Überwachung ausgebaut. Auch in
48 Deutschland verhindert die Schuldenbremse weiterhin Investitionen in eine
49 solidarisches Miteinander und einen starken Sozialstaat und das während
50 Aufrüstungskosten keine Grenzen mehr gesetzt sind.

51 Dabei zeigt sich: Austeritätspolitik schafft den Nährboden für einen
52 gesellschaftlichen Rechtsruck. Wenn soziale Sicherheiten zerstört, öffentliche
53 Leistungen abgebaut und Ungleichheiten verschärft werden, wächst die
54 Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten. Rechte Kräfte knüpfen genau daran
55 an: Sie lenken die berechtigte Wut über soziale Missstände auf Geflüchtete,
56 Migrant*innen oder marginalisierte Gruppen und verschieben den öffentlichen
57 Diskurs nach rechts. Anstatt die Ursachen zu bekämpfen, werden Feindbilder
58 konstruiert. Austerität und Autoritarismus gehen so Hand in Hand: Der
59 Sozialstaat wird geschwächt, während gleichzeitig mehr Überwachung und
60 Repression aufgebaut werden.
61 Und ohne einen Hehl daraus zu machen setzt die CDU ihrer menschenfeindlichen
62 Politik noch die Krone auf, indem sie an der Demokratiebildung kürzen.

63 Unsere Demokratie ist durch Rechtsextreme bedroht und die CDU unterstützt,
64 indem sie Projekten, die ihnen "zu woke" sind, den Geldhahn abdreht und den
65 Menschen, die in diesem Bereich arbeiten ihre Jobs streicht.

66 Dabei ist die Erzählung "es muss halt irgendwo gespart werden" einfach falsch!
67 Es wird so viel Geld ausgegeben, wie noch nie zuvor und zusätzlich gäbe es
68 durchaus Möglichkeiten, durch höhere Einnahmen mehr haushaltspolitischen
69 Spielraum zu schaffen. Berlin verfügt über zahlreiche Einnahmequellen, die
70 bisher nicht ausgeschöpft werden: Die Grunderwerbsteuer könnte erhöht werden, um
71 spekulativen Immobilienhandel stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens
72 heranzuziehen. Auch die Gebühren für Anwohnerparken sind nach wie vor viel zu
73 niedrig und könnten - sozial abgefедert - einen spürbaren Beitrag leisten.
74 Ebenso könnten höhere Zweitwohnungssteuern zusätzliche Einnahmen generieren.

75 Auf Bundesebene braucht es darüber hinaus eine grundlegende Wende in der
76 Steuerpolitik: Die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer muss endlich wieder
77 eingeführt werden. Ihr Ertrag stünde den Ländern zu und würde jährlich
78 Milliarden in die öffentlichen Haushalte spülen. Auch die Erbschaftsteuer bietet
79 enormes Potenzial: Jedes Jahr werden Milliardenvermögen vererbt und verschenkt,
80 doch vor allem die Reichen profitieren von großzügigen Ausnahmen und
81 Schlupflöchern, insbesondere durch privilegierte Behandlungen von
82 Betriebsvermögen. Eine gerechte Reform würde sicherstellen, dass große Vermögen
83 endlich ihren fairen Beitrag leisten und nicht länger auf Kosten der
84 Allgemeinheit verschont bleiben.

85 Hinzu kommt: Steuerflucht und aggressive Steuervermeidung entziehen auch Berlin
86 jedes Jahr beträchtliche Summen. Eine konsequenterere Bekämpfung von
87 Steuerhinterziehung, eine stärkere Ausstattung der Finanzämter und eine
88 gerechtere Gestaltung der Gewerbesteuer könnten weitere Milliarden freisetzen.

89 In der Realität aber spart der Senat soziale Projekte kaputt, während Vermögen
90 unangetastet bleibt. Statt Reichtum konsequent zur Finanzierung des Gemeinwesens
91 heranzuziehen, wird immer wieder bei den Schwächsten gestrichen. Das ist kein
92 „Sachzwang“, sondern eine bewusste politische Entscheidung - für die Profite
93 weniger und gegen die solidarische Infrastruktur, die wir alle brauchen.

94 Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist klar: Wir stellen uns gegen diese
95 Kürzungspolitik und gegen das autoritäre Sicherheitsverständnis, das sie
96 begleitet. Wir fordern den Erhalt und Ausbau von sozialer Infrastruktur:
97 Drogenhilfe, Obdachlosenhilfe, Jugendprojekte, Schulsozialarbeit, Kultur,
98 Prävention. Wir wollen echte Sicherheit – die Sicherheit, ein Dach über dem Kopf
99 zu haben, medizinisch versorgt zu sein, in Würde zu leben und frei von Armut,
100 Diskriminierung und Gewalt. Die CDU trägt mit ihrer Haushalts- und

101 Sicherheitspolitik die Hauptverantwortung für den sozialen Kahlschlag, flankiert
102 von einer SPD, die sich diesem Kurs unterordnet. Dem setzen wir eine radikale
103 Gegenposition entgegen: Solidarische Infrastruktur statt Kürzungen, soziale
104 Sicherheit statt Überwachung, Umverteilung statt Austerität.

105 Wir wissen: Eine andere Politik fällt nicht vom Himmel. Sie muss erkämpft werden
106 – gemeinsam mit Gewerkschaften, Studierenden, Kulturprojekten,
107 Sozialinitiativen, mit den Menschen, die jetzt am härtesten von dieser Politik
108 getroffen werden. Die GRÜNE JUGEND Berlin wird dafür Bündnisse schmieden, auf
109 die Straße gehen und Druck machen. Denn diese Stadt gehört uns allen – nicht den
110 Kürzungspolitiker*innen im Roten Rathaus und schon gar nicht den
111 Eigentümer*innen, die immer reicher werden.

112 **Berlin ist und bleibt unkürzbar!**

Begründung

erfolgt mündlich